

Beschluss-(Resolutions-)Antrag

der Gemeinderät*innen Mag.a Laura Sachslehner, BA (ÖVP) und Mag. Manfred Juraczka (ÖVP) zu Post Nr. 1 der Tagesordnung (Spezialdebatte Kultur und Wissenschaft) für den Gemeinderat am 27.06.2023 - 28.06.2023.

Überprüfung von Fördernehmern und Kooperationspartnern der Stadt Wien hinsichtlich Verbreitung marxistisch-leninistischer Inhalte

In einer Sammlung von Beiträgen zu verschiedenen Formen des Extremismus entlarvt die Konrad Adenauer Stiftung den Revolutionsführer Wladimir Iljitsch Lenin als falsches Vorbild eines vermeintlich „aufrechten Kommunisten“. Unmittelbar nach der Machtergreifung der Bolschewiken ließ Lenin als neuer Machthaber die „Tscheka“ errichten, die alleine im August und September 1918 bis zu 15.000 Menschen ermordete, oftmals vorbeugend. Dies war keine schlichte Entgleisung, sondern entsprach seiner grundsätzlichen Einstellung zur Gewalt als Mittel der Politik. „Unsinn, wie kann man Revolutionen ohne Hinrichtungen machen? Glaubt ihr wirklich, dass wir siegen können, ohne zu dem grausamsten Terror zu greifen?“. Terror, Folter, Mord und Zwangsarbeit waren von Anfang an ein wesentlicher Bestandteil von Lenins marxistischer Diktatur.

Umso erschütternder ist es, dass die Kommunistische Partei Österreichs immer noch auf ihrer Webseite das Erbe Lenins verteidigt, oder dass im Büro des neuen SPÖ Vorsitzenden Andreas Babler laut Zeitungsberichten aus dem Jahr 2022 eine Lenin- und eine Marx-Büste stehen. Die historischen Fakten zeigen, dass eine politische Orientierung auf Lenin die unbedingte Feindschaft zum demokratischen Rechtsstaat bedeutet. Um aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen und totalitäre linksextreme Tendenzen rechtzeitig zu entkräften, steht die Stadt Wien in einer historischen Verantwortung, treffende Maßnahmen zu setzen.

Die gefertigten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte stellen daher gem. § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

Beschlussantrag:

Der Wiener Gemeinderat spricht sich für eine Überprüfung aller Fördernehmer (Kulturförderung, Medienförderung, etc.) und Kooperationspartner der Stadt Wien hinsichtlich einer womöglich marxistisch-leninistischen bzw.

kommunistischen weltanschaulichen Grundlage und einer Verbreitung dieser linksextremen Ideologie aus.

Zudem soll zum Zwecke der Aufarbeitung des Marxismus-Leninismus bzw. des Kommunismus ein eigenes Projekt im Wien Museum in Auftrag gegeben werden. Im Rahmen dieses Projektes sollen auch Straßennamen bzw. Denkmäler jeglicher Art auf historisch bedenklichen marxistisch-leninistischen bzw. kommunistischen Hintergrund überprüft werden und Vorschläge im Sinne einer Kontextualisierung vor Ort erstellt werden (z.B. Karl-Marx-Hof, Friedrich-Engels-Platz, Che Guevara Denkmal, usw.).

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung.

28.06.2023

